TELEKOMMUNIKATION

Dreierbund geplatzt?

Das geplante Bündnis der Energieriesen RWE und Veba mit dem britischen Telefonmulti Cable & Wireless (C&W) steht unmittelbar vor dem Scheitern. Während sich die beiden Ruhrkonzerne weitgehend über den gemeinsamen Einstieg in den Telefonmarkt einig sind, werden die Verhandlungen zwischen Veba und ihrem englischen Partner immer zäher. Nachdem die Unterzeichnung des geplanten Kooperationsvertrags schon mehrfach verschoben wurde, ist Veba-Chef Ulrich Hartmann auf der Suche nach Alternativen. Erste Gespräche mit einer US-Telefongesellschaft wurden schon geführt. Die C&W-Manager, so haben die deutschen Verhandlungsführer bemerkt, sind offensichtlich nicht mehr überzeugt vom Nutzen des Bündnisses. Der Multi, der unter anderem das größte Telefonnetz in Hongkong und ein Mobilfunknetz (Mercury) in England betreibt, will sich nur noch auf seine Kernregionen konzentrieren und scheut deshalb die Milliardeninvestitionen in Deutschland. Als Folge der neuen Strategie hat C&W Verhandlungen mit der deutschen Telekom und France Telecom aufgenommen. Die Staatsfirmen sollen sich an Cable & Wireless beteiligen. Deutsche und französische Partner, so das Kalkül von C&W-Chef Dick Brown, stärken die Position des britischen Multis in Hongkong, wenn die Kronkolonie im Juli an China fällt.

N. NORDMANN

Hartmann

BANKEN

Die Rothschilds wehren sich

Mit einem klangvollen Namen versuchen derzeit dubiose Geschäftsleute Geldanleger abzukassieren: Eine Rothschild Banking Group Inc. sammelt von München aus Gelder für obskure Finanzanlagen. Mit der berühmten Familie, die Banken in London, Paris, Zürich und Genf besitzt, hat die Gesellschaft mit Sitz im US-Staat Delaware aber nichts zu tun. Vergangene Woche kündigten die Klan-Sprecher Evelyn, Edmond und David de Rothschild rechtliche Schritte gegen die Banking Group an, die mit Renditen von mindestens 15 Prozent ahnungslose Anleger ködert. In der Vergangenheit haben die Barone bereits mehrmals gegen Firmen wie etwa die Rothschild & Rubinstein Bankgroup, die Rothschild's Internationale Spar- und Darlehenskasse oder das Rothschild Finance House geklagt und die mißbräuchliche Verwendung ihres Namens verbieten lassen.

TREUHAND-IMMOBILIEN

Kandidat wankt

Die Treuhand Liegenschaftsgesellschaft (TLG) in Berlin muß wohl weiter ohne Chef auskommen. Ursprünglich wollte das Bundeskabinett am Dienstag beraten, wer die Staatsfirma führt, die seit 1991 über 84 000 Immobilien in Ostdeutschland privatisiert und 20 Milliarden Mark erlöst hat. Doch nach hektischen Beratungen verschwand die geplante Vorlage vergangenen Freitag wieder im Papierkorb. Der aussichtsreichste Kandidat, der Ex-Regierungspräsident von Dessau, Gert Hoffmann, 50, zögert wieder, obwohl er sich der Fürsprache prominenter Parteifreunde erfreut: Johannes Ludewig, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, und Christoph Bergner, CDU-Fraktionschef in Sachsen-Anhalt. Doch in der TLG formierte sich heftiger Protest gegen die Pläne der Regierung. Grund: Als Jurastudent gehörte Hoffmann von 1967 bis 1969 der NPD an. „Eine Jugendsünde", sagt Hoffmann, seit 1970 CDU-Mitglied, „die ich nie verschwiegen habe." Schon 1992 forderte die SPD-Fraktion von Sachsen-Anhalt die damalige CDU/FDP-Regierung auf, wegen seiner Vergangenheit Hoffmann in Dessau abzuberufen.

P. LANGROCK / ZENIT

Hoffmann

BURMA-BOYKOTT

US-Staat droht Firmen

Deutschen Konzernen droht Ärger in den USA. Der Bundesstaat Massachusetts belegt per Gesetz alle Firmen, die im totalitär regierten Burma operieren, mit einer zehnprozentigen Zusatzsteuer bei öffentlichen Aufträgen. Unter 195 Firmen tauchen auf der schwarzen Liste angeblicher Burma-Partner auch Siemens, BMW und die Lufthansa sowie die Metallgesellschaft und die Westdeutsche Landesbank auf. „Unser Ziel ist es, daß Unternehmen nicht länger die brutale Diktatur in Burma unterstützen", sagte Byron Rushing, demokratischer Abgeordneter im Parlament von Massachusetts, der Deutschen Welle. Ein Siemens-Sprecher bestätigte zwar, daß der Konzern ein 12köpfiges Büro in Burma unterhält, wollte das Gesetz aber nicht kommentieren. US-Konzerne wie Motorola, Apple und Hewlett-Packard haben ihre Verbindungen zu dem asiatischen Staat bereits abgebrochen. Vergangene Woche kündigte auch PepsiCo auf Druck von Menschenrechtsgruppen seinen Rückzug an.

REUTERS

Proteste burmesischer Regimegegner

IMPORT

Billiger Zahnersatz unerwünscht

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein versucht einen lästigen Konkurrenten auszuschalten. Der Kleinunternehmer mit guten Drähten nach Fernost wollte im Blatt der rheinischen Zahnärzte eine Anzeige schalten, um Partner für den günstigen „Import von Dentalprodukten – Prothesen, Kronen, Brücken" zu finden. Die Vereinigte Verlagsanstalt in Düsseldorf, die sich um Druck und Vertrieb des Verbandsblattes kümmert, lehnte die 500 Mark teure Reklame allerdings ab. „Aus standespolitischen Gründen", so die Erklärung, hätten die Herausgeber „auf die Veröffentlichung Ihrer Anzeige verzichten" müssen. Der Billigimporteur bezieht seine Produkte aus Hongkong und will die deutschen Zahntechniklabors um bis zu 50 Prozent unterbieten. Zu den Mitgliedern der Kassenärztlichen Vereinigung gehören auch die Zahntechniker.